

## Reiner Klingholz

# DEUTSCHLAND IST NICHT KANADA



**Reiner Klingholz** ist Chemiker und Molekularbiologe, forschte an der Uni Hamburg, war Wissenschaftsredakteur bei der *ZEIT* und Geschäftsführer des Magazins *GEO*. Seit 2003 ist er Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, einer Denkfabrik für Fragen des demographischen Wandels.

Auf einer bilateralen Konferenz in Japan mit dem bezeichnenden Namen »Imploding Populations« ist mir einmal eine interessante Grafik begegnet. Ein japanischer Demograph zeigte eine Langfrist-Bevölkerungsprognose für sein Land: Nach einem steilen Aufstieg bis zur Jahrtausendwende sank die Kurve ab und endete im Jahr 3200 bei einem einzigen Japaner. Das Erstaunliche an der Präsentation war weniger die absurde Vorstellung von der kompletten Entleerung des Inselreiches, sondern dass kein einziger der (überwiegend japanischen) Zuhörer in schallendes Gelächter ausbrach. In diesem Moment habe ich begriffen, dass eine ganze Nation so überzeugt von der Nichtvermischung mit anderen Kulturen sein kann, dass sie lieber ihren eigenen Untergang plant, als eine Zuwanderung zu organisieren.

Ein solches Szenario ist in Deutschland undenkbar. Auch Hans-Werner Sinn schreibt, dass angesichts der hiesigen demographischen Entwicklung Zuwanderung dringend notwen-

dig sei: weil wir unsere Umlagesysteme finanzieren müssen, weil unsere Unternehmen Arbeitskräfte brauchen und weil wir uns lieber vermischen, als in einem Altersheim völkischer Identität auszusterben.

Zuwanderung ist längst akzeptiert in Deutschland, vor allem weil die Unternehmen den volkswirtschaftlichen Bedarf klargemacht haben. Es gibt aber auch Zwischenrufe, wonach die Zuwanderung je nach Betrachtungsweise ein Kostenfaktor sei, dass ohnehin immer die Falschen kämen, dass Migranten ein Mittel für Lohndumping seien und dass wir die Zuwanderung gar nicht nach den Bedürfnissen des Landes ausrichteten. Hans-Werner Sinn hat deshalb vorgeschlagen (und wir vom Berlin-Institut ebenso), sich am Punktesystem der Kanadier zu orientieren und Zuwanderer nach deren Fähigkeiten und unserem Bedarf auszuwählen.

Das ist eine gute Idee – zumindest für die beste aller Welten. Doch gibt es diese Welt leider nur in ökonomischen Theoriegebäuden. Kanada hat

mit seinem Punktesystem jahrelang ein klares Signal an Zuwanderungswillige ausgesandt. Doch nachdem zunächst nur bestimmte Berufsgruppen angeworben wurden, war irgendwann klar, dass sich damit nicht auf wechselhafte Nachfragen reagieren lässt. Software-Ingenieure waren nach der Dotcom-Blase Kandidaten für die Arbeitslosigkeit. Danach warb Kanada unspezifisch Hochqualifizierte an, in der Hoffnung, dass diese Menschen schon einen Job finden würden. Aber auch diesen Ansatz hat die kanadische Regierung wieder verworfen, weil zu viele Akademiker als Taxifahrer endeten. Heute kennt das Punktesystem so viele Sonderregelungen, dass es kaum noch zu verstehen ist. Doch bei allen Problemen – das System ist flexibel, sorgt für ausreichend Nachschub auf dem Arbeitsmarkt und liefert gute Integrationsergebnisse.

Dennoch lässt es sich nicht 1:1 auf Deutschland übertragen, denn eine Auswahl der Zuwanderer ist hierzulande kaum möglich: Das Gros der Migranten stammt aus Ländern der EU, die im Rahmen der Freizügigkeitsregelung kommen. Der nächste große Teil sind Flüchtlinge und Asylsuchende. Hier regeln Gesetze, wer aus humanitären Gründen kommen darf und wer nicht. Eine Auswahl nach Qualifikation ist nicht vorgesehen. Der Teil der Zuwanderer, die über besondere Anwerbekriterien wie die Blaue Karte EU nach Deutschland kommen, ist verschwindend gering. Ein Punktesystem könnte auch künftig nur in diesem Bereich zur Wirkung kommen.

Kanada hat ganz andere Voraussetzungen: Erstens ist das Land von zwei Ozeanen umgeben, zweitens ist es nicht Teil einer Wirtschaftsunion mit frei wählbarem Arbeitsort, und drittens hat es nur eine einzige Landesgrenze. Deutschland ist Mitglied der EU mit ihren offenen Grenzen, die EU grenzt ihrerseits an Drittstaaten sowie, gepuffert durch einen kurzen Seeweg, an Afrika und den Nahen Osten – je-

weils Regionen, aus denen viele Menschen aus verschiedensten Gründen nach Deutschland wollen. Und dafür auch Wege finden. Deutschland ist nicht Kanada.

Deutschland hatte in der Vergangenheit selbst Probleme damit, seine Zuwanderung zu steuern, als es glaubte, dies tun zu können. So kamen die Gastarbeiter als nützliche Arbeitskräfte – bis der Strukturwandel ihnen die Jobs raubte. Was zuvor ein Auswahlkriterium war, eine geringe Qualifikation für die Arbeit unter Tage oder am Band von Opel, wurde nun zum Problem. Der Anwerbestopp in den Rezessionsjahren nach 1973 verhinderte zwar, dass weitere Geringqualifizierte nach Deutschland kamen. Doch der aus sozialen Gründen erlaubte Familiennachzug senkte das mittlere Qualifikationsniveau der Neuankömmlinge weiter ab.

Auch die letzte große Zuwanderungswelle nach dem Untergang des Kommunismus entzog sich einer Auswahl nach Qualifikation: In der Folge der Jugoslawienkriege kamen rund 350 000 Flüchtlinge aus dem kollabierten Vielvölkerstaat. Zusätzlich machten sich fast 2 Millionen Spätaussiedler aus dem einstigen Ostblock auf nach Deutschland. Für sie war die Abstammung, nicht die Ausbildung das Willkommenskriterium.

Eine Steuerung der Zuwanderung ist also gar nicht so leicht. Und sie dürfte auch in Zukunft nicht einfacher werden, zumal die Zahl der Krisen im Nahen Osten und in Afrika derzeit genauso wächst wie die dortige Bevölkerung. Deutschland kann nur versuchen, Mittel und Wege zu finden, zwischen jenen zu unterscheiden, die ein Anrecht auf Schutz und Asyl haben, und jenen, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen. Deutschland kann weiter von einer gesteuerten Zuwanderung träumen – doch vorerst muss es sich damit beschäftigen, die Potenziale jener optimal zu nutzen, die ohnehin kommen.